

Zürich, 13. November 2000

KR-Nr. 371/2000

A N F R A G E von Alfred Heer (SVP, Zürich)

betreffend betriebliches Vorschlagswesen

Gemäss § 140 der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz können Angestellten für Vorschläge administrativer oder technischer Verbesserungen Prämien ausgerichtet werden. Die Aufwandentwicklung der letzten Haushaltsjahre spricht nicht dafür, dass das Potential an Verbesserungen ausgeschöpft worden wäre. Es stellen sich daher folgende Fragen, um deren Beantwortung der Regierungsrat höflich gebeten wird:

1. Wieviele Vorschläge für administrative oder technische Verbesserungen sind im Jahre 1999 eingereicht worden?
2. Wieviele Vorschläge wurden weiter bearbeitet und/oder konkret umgesetzt?
3. Welche Einsparungen wurden damit erzielt?
4. Wieviele Prämien in welcher Höhe konnten ausbezahlt werden?
5. Ist der Regierungsrat der Auffassung, das betriebliche Vorschlagswesen sei in der Verwaltung ausreichend bekannt?
6. Was unternimmt der Regierungsrat, um das betriebliche Vorschlagswesen in der Verwaltung weiter zu fördern und damit vorhandenes Sparpotential noch weiter auszuschöpfen?

Alfred Heer